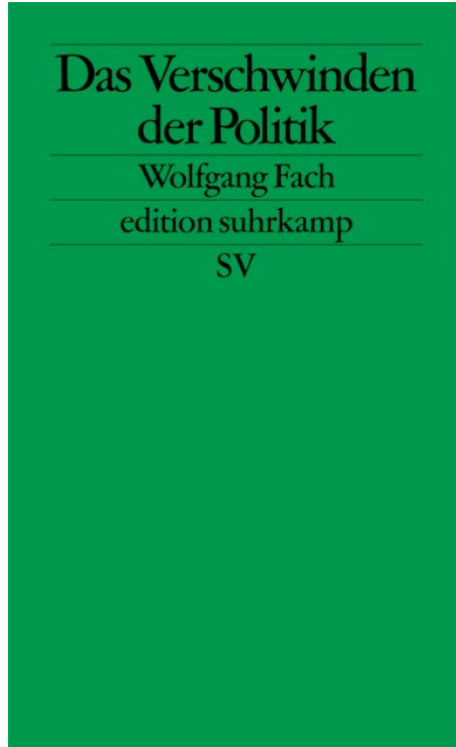


Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Fach, Wolfgang
Das Verschwinden der Politik

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2530
978-3-518-12530-4

edition suhrkamp 2530

Als »Wissenschaft des Regierens« und »Kunst der Verwaltung« definiert Samuel Johnsons berühmtes Wörterbuch die »Politik«. Das war im 18. Jahrhundert. Schon ein cursorischer Blick auf die Praktiken der Berliner Republik zeigt, wie weit sich unsere Regierenden von solchen Idealen entfernt haben: Es geht nicht um Wissenschaft, sondern um Parteienproporz und Lobbyinteressen, das zähe Ringen um Reformen hat mit großer Kunst wenig gemeinsam. Warum es trotzdem immer wieder gelingt, die alltäglichen Defekte hinter der großen Fiktion einer idealen Politik »verschwinden« zu lassen: das ist das Thema dieses Buches. Wolfgang Fach, geboren 1944, lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Leipzig. Zuletzt erschien in der *edition subkamp* Die Regierung der Freiheit (2003).

Wolfgang Fach

Das Verschwinden der Politik

Suhrkamp

edition suhrkamp 2530

Erste Auflage 2008

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2008

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der
Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12530-4

I 2 3 4 5 6 – 13 12 11 10 09 08

Inhalt

1. Verschwindende Politik 7
 2. Zwei Arten des Verschwindens 13
 3. Macht und Mission 23
 4. Der Mythos des Führers 43
 5. Die Würde der Vertreter 59
 6. Das unbefleckte Volk 86
 7. In guter Verfassung? 112
 8. Vertrag und Verträglichkeit 139
 9. Dichte Verwaltung 164
 10. Politik und Anti-Politik 186
 11. *The Dethronement of Politics* 214
 12. Reine Politik 225
 13. Ein Ende des Verschwindens? 236
- Literatur 241

I. Verschwindende Politik

Der Widerspruch ist im verborgenen alt geworden. Samuel Johnsons *Dictionary of the English Language* aus dem Jahr 1756 definiert *Politics* als »The Science of Government; the art or practice of administering publick affairs«. So gesehen macht das politische Geschäft einen durchaus ehrenwerten Eindruck; ja mehr als das: es kommt im vornehmen Gewand von Kunst und Wissenschaft daher, überragt daher an Wert und Würde alles, was Menschen gemeinhin anstellen, um sich die Zeit zu vertreiben – so gewöhnliche Dinge wie private Vergnügungen, häusliche Verrichtungen oder berufliche Verpflichtungen.¹ Vom Souverän als »sterblichem Gott« zu reden scheint nicht nur so einen Sinn zu ergeben, wie Thomas Hobbes seine legendäre Formel verstanden hat: nämlich als überirdisch *mächtige* Instanz; sondern auch dahingehend, daß diese Gewalt überirdisch *moralisch* ist und nichts als das Beste aller will.

Den Politiker aber, der eigentlich in die Nähe von Wissenschaftlern oder Künstlern gehören würde, charakterisiert Johnsons Lexikon als »cunning« und »man of artifice«, soll heißen: er ist ein schlauer, ja heimtückischer Bursche, eben – um den populären Vergleich zu bemühen – jemand, dem wir keinen Gebrauchtwagen abkaufen würden. Größer könnte der Kontrast kaum sein: dort das verhimmelte Tun, hier verteufelte Täter, und beides praktisch im selben

¹ Diese Konfrontation fällt der Deutlichkeit halber etwas hart aus: »art« kann nicht nur »Kunst«, sondern auch »List« bedeuten. Immerhin: wir sprechen auch sonst von der »Kunst des Regierens«, und ein Zeitgenosse Samuel Johnsons, der Marquis de Vauvenargues, erklärt die Politik zur »größten aller Wissenschaften«.

Atemzug. Einerseits also wahre POLITIK (groß geschrieben, weil quasi-göttlich), verstanden als transzendente Sorge fürs Ganze, andererseits gemeine *Politik*, wie sie von selbsternannten Machiavellisten betrieben wird, deren Denken in moralfreiem Schachern und perspektivlosem Schieben versumpft – wenn nicht gar Leichen ihren Weg pflastern; kaum zufällig fallen Samuel Johnson beim Wort »machiavellistisch« ebenjene Eigenschaften ein, die auch den Politiker charakterisieren sollen.²

Doch sind wir über diese Verdoppelung nicht schon längst hinweg? Läßt doch bereits Goethe den Studenten Brander sagen, das »politische Lied« sei ein »garstig Lied« – offenbar vollkommen unabhängig davon, *wer* es singt. Das finale Urteil spricht schließlich ein gewisser Eugen Sierke (nachmals Chefredakteur der *Braunschweiger Landeszeitung*): »Die Politik verdirbt den Charakter.« Hier werden die alten Verhältnisse sogar auf den Kopf gestellt: Nicht die gute Sache wird von schlechten Menschen kompromittiert, sondern gute Menschen werden verdorben, sobald sie mit der schlechten Sache in Berührung kommen. Gott war, wenn man so will, zu dieser Zeit schon tot, so daß es auch keinen Grund mehr geben mochte, seinen Stellvertretern auf Erden, den Souveränen, göttlichen Kredit einzuräumen.

Die letzte Stufe des entzauberten Bewußtseins hat einen Namen: *Politikverdrossenheit* – der Schleier ist endgültig weggezogen, das politische Geschäft zeigt sich in all seiner Häßlichkeit und hat alle Aussichten auf Anhänglichkeit verspielt.

2 Die Praxis, mit Hilfe der Schreibweise (groß/klein) unterschiedliche und ungleichwertige Wirklichkeitssphären zu markieren, hat eine lange Tradition (Kantorowicz 1990, 44).

Doch es gibt auch »gute Nachrichten vom Volk« (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 6. Juni 2004), immer wieder werden sie in den Medien lanciert, sekundiert werden sie von wissenschaftlichen Expertisen, deren Autoren den Glauben an die POLITIK keineswegs ein für allemal entschwunden sehen: »The data [...] do not demonstrate that there has been a widespread decline in the public's confidence in institutions« (Listhaug/Wiberg 1998, 320). Freilich profitieren von dem empirisch ermittelten Vertrauen ausschließlich jene Organe, die als strukturell *politikfern* gelten: Polizei und Justiz, hierzulande auch der Bundespräsident. Diese Institutionen verdanken ihren guten Ruf der simplen Tatsache, daß sie eben keine parlamentarischen »Quasselbuden« oder polemische »Giftschleudern« sind.

Um so bemerkenswerter ist es, wie fleißig verdrossene Demokraten aller Länder weiterhin zur Wahl gehen – immerhin so rege, daß Experten schließen, von einer Krise demokratischer Politik könne im Ernst keine Rede sein (so das Fazit von Klingemann/Fuchs 1998). Der Wähler, begriffen als Gattungswesen, scheint sein Vertrauen in die bessere Hälfte des Regimes soweit zu generalisieren, daß er das schlechte Spiel mitspielt, jedenfalls auf dem verlangten Minimalniveau der turnusmäßigen Wahlbeteiligung (die darüber entscheidet, wer regieren darf, und dadurch das demokratische System in Gang hält). Leben wir also in einer Art *Doppelstaat* (Ernst Fraenkel), in dem die POLITIK ihre häßliche Schwester aufs ganze gesehen »verdeckt« und im entscheidenden Moment, der Wahl, sogar »verschwinden« läßt?

Auf jeden Fall wird so verständlich, warum funktionsensible Beobachter allergisch reagieren, wann immer kurz-sichtige Politprofiteure die Aura der POLITIK und damit

ihre eigene Existenzbedingung beschädigen. Man nehme den Bundespräsidenten, dessen Position als eine erste Adresse fürs Erhabene zu gelten hat, die freilich an dem Geburtsfehler leidet, daß sie den Parteien als Beutegut offensteht und unweigerlich dazu verkommt. Daher sollten Postenjäger ihre Arbeit wenigstens so stilvoll praktizieren, daß das Amt seine Aura nicht verliert. Beim letzten Mal konnte davon nach allgemeiner Ansicht nicht die Rede sein. »In Guido Westerwelles Berliner Stadtwohnung«, empört sich ein Chronist, »wollten Angela Merkel und Edmund Stoiber den neuen Bundespräsidenten küren. Hier saßen sie und beratschlagten bis spät in die Nacht. Bei einem ›Geheimtreffen‹. Draußen warteten schon die Fernsehkameras. Der Bürgersteig mußte im Laufe der Nacht, wegen der in immer größerer Zahl herbeieilenden Berliner, abgesperrt werden.« Wer »geglaubt hatte, instinkt- und würdeloser könne die Wahl eines Kandidaten nicht werden«, der sah sich in dieser Nacht »eines Besseren belehrt, nicht von der Geschichte, sondern von den unkontrollierten Mienen zweier Politiker, die der FDP-Vorsitzende Westerwelle zu Untermietern seines Ehrgeizes gemacht hat. Das Pärchen kam aus dem Altbau, als sei den beiden gerade die Wohnung gekündigt worden, droben aber schaltete und waltete der tüchtige, für die Kameras unsichtbare Hausmann. Die Vorstellung, daß in der Berliner Wohnung des Guido Westerwelle das nächste Staatsoberhaupt quasi be- wenn nicht ernannt worden wäre und das alles unter dem Rubrum der ›Geheimdiplomatie‹, das ist so niederschmetternd, daß man am liebsten, wenn es denn ginge, gleich aus dem gemeinsamen Haus Deutschland ausziehen würde.« (Schirmmacher 2004)

Was läuft da schief? Der Postenschacher muß als »Ge-

heimdiplomatie« organisiert werden, sprich: in den herrschaftlichen Arkanbereich *verschwinden*, wenn es dem Posten nicht schaden soll. Das Publikum darf keinen Einblick in diesen Kuhhandel erhalten, an dessen Ende irgendein ziemlich beliebiger Kandidat aufs Schild gehoben wird. Strahlt die Würde des Amtes auf den Prozeß seiner Besetzung nicht aus, wird es zusammen mit dem Amtsinhaber schnell ruiniert (wiewohl nicht notwendig unwiderruflich). Die fraglichen Geheimnisträger, Westerwelle & Co., hingegen betreiben Diplomatie auf offener Bühne, weil ihre Kalküle nur aufgehen, wenn alle Welt erfährt, daß etwas »verschwindet« und im »Mauschelmonopol« verhandelt wird. Offensichtlich, so das folgerichtige Lamento, ist unser Land stilistisch schon dermaßen verrottet, daß seine Repräsentanten die Bedingung der Repräsentation zerstören.

Allgemeiner: Politik ist in erster Linie ein besonderer Raum, jenes ganz *andere*, das sich der gewöhnlichen Geschäftigkeit, Einsicht und Kompetenz entzieht, gleichwohl aber »alle angeht«. Dieses »Heterogene« (Bataille 1997) erscheint uns einerseits als höhere Kunst oder überlegene Wissenschaft, sterblichen Göttern vorbehalten; andererseits hat es den Ruf weg, charakterlose Gesellen anzuziehen, die im Gegensatz zu anständigen Zeitgenossen über Leichen gehen; das eine (POLITIK) verhimmeln, das andere (Politik) verachten wir – *und* lassen es immer wieder im Vergessen oder Verdrängen »verschwinden«, entgeistert vom blendenden, ja magischen Effekt seines dem Alltag entrückten Pendants.

Nun sind wir »Modernen« hinreichend ernüchtert, um zu wissen, daß POLITIK Fiktion, Politik dagegen Faktum ist. Beider Wirkungsmächtigkeit differiert aber keineswegs genauso kategorisch. Solange sich Zuschauer verzaubern

lassen, schafft die Fiktion Fakten: sie hüllt das schmutzige Tagesgeschäft (*dirty politics*) in einen Schleier des Nichtwissenwollens. Um diese *faktische Kraft des Fiktiven* geht es hier; dabei kommen neben neueren auch ältere *Formen der Fiktion* zur Sprache. Weil sich Geschichte wiederholen kann, wenigstens als Farce.³

3 Für ihre Hilfe danke ich Juliane Ziegengeist und, einmal mehr, Henriette Rösch.

2. Zwei Arten des Verschwindens

Es gibt eine einfache Art des Verschwindens: »Garstiges« wird schlicht versteckt, Politik findet hinter verschlossenen Türen statt, die Advokaten des Gemeinwohls verkriechen sich im Winkel – und dem Publikum bleibt der Skandal verborgen. Wenn nicht gerade ein Westertag kommt. Oder aber unsere Medien decken von selbst auf, was im verborgenen so alles geschieht, und werden so aus professioneller Neugier ihrer hehren Verantwortung als »vierter Gewalt« im Staate gerecht.

Das ist politisches *business as usual* – es passieren keine wirklichen »Schweinereien«, auch deshalb, weil nichts wirklich Wichtiges auf dem Spiel steht und kein wirklich ernster Fall verhandelt wird. Man schachert um Posten, verschafft sich Pfründe, feilt an Programmen, formuliert Proteste, verabschiedet Papiere, jongliert mit Paragraphen. All das kann man gegebenenfalls verschwinden lassen, und manches davon sieht schon deshalb nie das Tageslicht, weil es keinen interessiert.

Doch es gibt Zeiten, da Politik nicht als Job betrieben werden kann, sondern »Beruf« – im Sinne von Berufung – werden muß, weil die Herausforderungen des Augenblicks keine andere Wahl lassen. Man kann nicht heimlich Krieg führen, Regime stürzen, Kapitalisten enteignen, Streiks niederschlagen, Staaten gründen. Gelegenheit macht Helden; wer sie nicht ergreift, wird aussortiert und durch Hoffnungsträger ersetzt. Wer dem Druck standhält, holt sich schmutzige, wenn nicht gar blutige Hände – zwangsläufig und zwangsläufig *öffentlich*. Heroen sind »Heterogene« in doppelter Hinsicht: höhere Wesen, weil sie Welten schaffen

oder zerstören, und böse Wichte ihrer unerreichbaren Gemeinheit wegen (Georges Bataille).

Hier stößt man auf jene zweite, interessantere Art des Verschwindens. Im Urteil von Zeitgenossen und/oder der Nachwelt wird die Gemeinheit aus- resp. abgeblendet, soll heißen: verkleinert, entschuldigt, begründet, verteidigt. Politik gilt als Preis der POLITIK, und diese ist *nicht* moralisch, sondern – »groß«. Das erinnert an eine andere Unterscheidung, deren Platz (nicht nur) in der Theorie seit langem unbestritten ist: Max Webers Konfrontation des »verantwortungsethischen« Handelns mit seinem »gesinnungsethischen« Pendant.

Weber führt diesen abstrakten Gegensatz ein, um mehr Licht in sein konkretes Thema zu bringen: die Frage, wie man sich als Deutscher zu der Niederlage im Ersten Weltkrieg verhalten solle. Weber zufolge standen damals zwei Reaktionen zur Debatte; und daran, welche Antwort auf »Versailles« angemessen wäre, konnte eigentlich kein Zweifel bestehen:

»Statt nach alter Weiber Art«, mokiert sich der verdrossene Soziologe, »nach einem Kriege nach dem ›Schuldigen‹ zu suchen, – wo doch die Struktur der Gesellschaft den Krieg erzeugte –, wird jede männliche und herbe Haltung dem Feinde sagen: ›Wir verloren den Krieg – ihr habt ihn gewonnen. Das ist nun erledigt: nun laßt uns darüber reden, welche Konsequenzen zu ziehen sind entsprechend den *sachlichen* Interessen, die im Spiele waren, und – die Hauptsache – angesichts der Verantwortung vor der *Zukunft*, die vor allem den Sieger belastet. Alles andere ist würdelos und rächt sich. Verletzung ihrer Interessen verzeiht eine Nation, nicht aber Verletzung ihrer Ehre, am we-

nigsten eine solche durch pfäffische Rechthaberei.« (Weber 1992, 66f.)

Sache – Zukunft – Würde: In diesem »mannhaften« Dreieck spielt sich Politik ab, so wie sie sein soll; gefährdet wird sie in dem Augenblick, wo *Moral* (oder Ethik) ins Spiel kommt. Denn ethische Argumente laufen Gefahr, als pure Vehikel eingesetzt zu werden: Den Siegern geht es darum, durch moralische Entrüstung exzessive Gier zu legitimieren; Verlierer neigen dazu, auf Nachsicht hoffend sich selbst moralisch zu erniedrigen. Also nicht daß ethische Prinzipien zu Schaden kämen, ist der springende Punkt – fatale Folgen hat das Gemisch erst dank seines Effekts: *es entehrt das Politische*.

In einer historisch spezifischen Gestalt findet sich hier der fragliche Trend wieder: POLITIK verkommt zu Politik. Und nichts und niemand sorgt dafür, daß das schlechte Stück hinter den Kulissen eines »erhabenen« Dramas verschwinden kann. Es gibt kein doppeltes Spiel, die Karten liegen offen auf dem Tisch: nirgends »Könige« des Charakters, überall nur schmierige »Buben«. Da bleibt nichts anderes übrig, als mit Weber zu fordern, das politische Geschäft müsse von *geeigneten* Akteuren und wie ein verantwortungsvoller Beruf praktiziert werden.

Der Ruf nach »berufenen« Politikern ertönt nicht einfach abstrakt; er konkretisiert sich in einer spezifischen Ethik – im Sinne von Ethos, nicht Moral. Daß es die richtige sei, darin, heißt es, liege »der entscheidende Punkt. Wir müssen uns klarmachen, daß alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unaus tragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann »gesinnungsethisch« oder »verantwortungsethisch« orientiert sein.« Jeder Standard konstituiert seine ganz eigene Politik-

welt – es »ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt – religiös geredet –: ›der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim‹, oder unter verantwortungsethischen: daß man für die (vor-ausschbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat.« (Weber 1992, 70)

Weber ergreift Partei; seine Sympathie gilt den Verantwortungsethikern, ihre Haltung, wiewohl als eine von zwei Optionen eingeführt, wird am Ende gar mit Politik (neutral verstanden) gleichgesetzt: »Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.« (1992, 82) Generationen von Theorie- und Politikproduzenten haben diese Norm verinnerlicht, an ihr gemessen, was tatsächlich passiert ist, und sie zum Muster erfolgreicher »Realpolitik« eingedickt. Danach dürfen Politiker hobeln (oder bohren), ohne auf die fallenden Späne groß achten zu müssen – es ist nun mal so: politisches Handeln, »welches mit gewaltsamen Mitteln und auf dem Wege der Verantwortungsethik arbeitet, gefährdet das ›Heil der Seele‹«. (Weber 1992, 79) Niedere Politik hat offenbar ihre legitime Heimstatt im Realen – wer hier konsequent Erhabenes verlangen oder gar verwirklichen will, gilt als »Windbeutel«, dem das »innere Schwergewicht« fehlt, eben ein (für andere) riskanter Idealist, kein »reifer Mensch« (Weber 1992, 80f.).

Niemand scheint sich bisher gefragt zu haben, welches »Brett« denn da angebohrt oder abgehobelt wird. Sind alle Hölzer gleich edel und so wertvoll, daß ihre Bearbeitung die Mittel (den Hobel oder Bohrer) heiligt? *En passant* stellt uns Weber drei – in diesem Sinne, also: formal – äquivalente *Projekte* vor, denen sich Personen von Gewicht seinerzeit »verantwortlich« widmen mochten: Vaterland, Zukunft des

Sozialismus, internationale Befriedung. Beliebig verlängern ließe sich seine Liste nicht, und manches hat auf ihr sicher nichts verloren: etwa Bereicherung oder Machtgier oder Sozialismus (in Deutschland) oder Rassenreinheit oder Welt-herrschaft. Webers (gar nicht so) heimliche Liebe gilt dem Vaterland und dessen Würde – unversehens taucht das Projekt auch dort auf, wo es eigentlich zugunsten einer rein personalen Bestimmung verantwortlicher Politik (*inneres Schwergewicht*) schon verabschiedet worden war: die »Ethik der Würdelosigkeit« bezieht sich auf den pazifistischen Geist der Nation, nicht des Politikers (Weber 1992, 69).

Ganz anders liegen die Verhältnisse im Falle der Gesinnungsethik. Sie kümmert sich – im Bild geblieben – praktisch nur ums Brett und verschwendet keinen Gedanken aufs Werkzeug, das seinen Gegenstand materialgerecht bearbeiten könnte. Webers Bannstrahl trifft nicht von ungefähr den politischen Pazifismus, weil er, den hehren Zweck vor Augen, ein spezifisches Mittel, Gewalt, nicht einfach nur vernachlässigt, sondern bewußt zerstört. Er ist *anti-politisch* par excellence:

»Der nach dem Evangelium handelnde Pazifist wird die Waffen ablehnen oder fortwerfen, wie es in Deutschland empfohlen wurde, als ethische Pflicht, um dem Krieg und damit: jedem Krieg, ein Ende zu machen.« (Weber 1992, 69)

Damit freilich werden für den, der sich daran nicht gebunden fühlt, leichte Siege möglich – und kalkulierte Kriege wahrscheinlich.

Das »logische« Scheitern des pazifistischen Experiments ist Webers schlagender Beweis dafür, daß die Gesinnung

keine taugliche Ethik erzeugt. Doch wird daraus ein Argument gegen jede Art von Idealismus, zum Beispiel einen der Nation? Worin sollte er sich von einer nationalen »Verantwortung« unterscheiden? »Leidenschaft und Augenmaß« zeigen sich hier wie dort; nicht umsonst verehrt Weber hybride Gestalten:

»Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es«, konzidiert er, »daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muß ein Führer und nicht nur das, sondern auch – in einem sehr schlichten Wortsinn – ein Held sein.« (Ebd., 82 f.)

Mit anderen Worten: Große Persönlichkeiten verkörpern große Projekte, nur das macht sie dazu; sie gestalten POLITIK und dürfen darum Politik machen, ohne dafür verachtet oder verdammt zu werden – was immer ihre Disposition sein mag, verantwortlich oder idealistisch. Denselben Gedanken finden wir bei Rousseau noch weiter auf die Spitze getrieben:

»Um die für die Nationen besten Gesellschaftsregeln ausfindig zu machen, bedürfte es einer höheren Vernunft, die alle Leidenschaften der Menschen sieht und selbst keine hat, die keinerlei Ähnlichkeit mit unserer Natur hat und sie dabei von Grund auf kennt, deren Glück von uns unabhängig ist und die gleichwohl bereit ist, sich um unseres zu kümmern; schließlich einer Vernunft, die sich erst im Lauf der Zeit Ruhm erwirbt, in einem Jahrhundert arbeitet und in einem anderen genießen kann.« (1991, 43)

Es wird schon eine ganze Menge verlangt: grenzenlose Weitsicht, übermenschliche Menschenkenntnis, leidenschaftslose »Leidenschaft«, unendlich langer Atem – das alles in der Arbeit an Leuten, die aus ganz anderem, unendlich viel schlechterem Holz geschnitzt sind. Daß Rousseau seine Gedanken bei Caligula (in praktischer Hinsicht) und Platon (theoretisch vorgeführt) wiederfindet, spricht Bände – der heroische Spagat ist eigentlich unermesslich groß, weshalb denn auch Helden oder Führer ausgesprochen rare Figuren sind.

Doch anders als Weber, dessen ausgenüchterter Realismus in der Hoffnung auf große Geister oder wenigstens feste Herzen Genüge findet (Weber 1992, 83), sinnt Rousseau auf geeignete *Prozesse*, die den unwahrscheinlichen Fall wahrscheinlicher machen. Seine Idee: Wenn sich alle guten Eigenschaften nicht rein und schon gar nicht in einer Person wiederfinden, dann könnte eine geschickte Separation der Funktionen – hier Platon, dort Caligula, gewissermaßen – für mehr Wirklichkeitsnähe sorgen. Kurzum, platonische POLITIK muß von jeglicher Verunreinigung durch gemeine Politik nach Caligulas Art geschützt werden: »Dieses Amt, durch das die Republik errichtet wird, findet keinen Eingang in ihre Verfassung. Es ist ein besonderes und höheres Amt, das nichts mit menschlicher Herrschaft gemein hat; wie der, der über Menschen befiehlt, nicht über Gesetze befehlen darf, so darf, wer über Gesetze befiehlt, nicht auch über Menschen befehlen; andernfalls würden seine Gesetze als Diener seiner Leidenschaften oft nur seine Ungerechtigkeit verewigen; er könnte nie vermeiden, daß Sondergesichtspunkte die Heiligkeit seines Werkes entstellen.« (1991, 44)

Deswegen kommt es umgekehrt auch darauf an, daß sich

der so Entrückte nirgends und niemals einmischt: Wer »die Gesetze verfaßt, hat also oder soll keinerlei Gesetzgebungsbefugnis haben« (ebd., 45).

Das ist eine zumindest rudimentäre »Verfassung« des politischen Prozesses; sie leistet, wozu auch andere – und meist komplexere – Formen der Gewaltenteilung immer wieder bestimmt waren: Menschliche Schwächen mächtiger Männer sollen durch institutionelle Arrangements soweit korrigiert werden, daß das Gemeinwesen keinen Schaden nimmt.

Natürlich waren Verfahren dieser Art für Max Weber keine unbekanntes Größen. Wenn er auf sie seine Hoffnungen nicht baut, dann weil er auch ihre perversen Effekte kennt. In einer Situation dramatischer Verwerfungen wie jener nach 1918 wird (ihm) besonders deutlich, wie bleiern sich organisierte Prozesse auf menschliche Energien legen können: »Jetzt ist infolge des gewaltigen Zusammenbruchs, den man Revolution zu nennen pflegt, vielleicht eine Umwandlung im Gange. Vielleicht – nicht sicher. Zunächst traten Ansätze zu neuen Arten von Parteiapparaten auf.« Doch sie entpuppten sich bald als »schnell aufsteigende Blasen, die rasch wieder verschwanden. Die vorhandenen Apparate schichteten sich um, arbeiteten aber weiter. Jene Erscheinungen waren nur ein Symptom dafür, daß die neuen Apparate sich vielleicht schon einstellen würden, wenn nur – die Führer da wären. Aber schon die technische Eigentümlichkeit des Verhältniswahlrechts schloß deren Hochkommen aus.« (Weber 1992, 58f.)

Eingefahrene Prozesse erneuern sich nicht, weil es an innovativen Personen fehlt; und derartige Personen bleiben so lange aus, wie sie ins Korsett organisierter Prozesse ge-